

12
15**DIE LINKE**

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Dezember 2015

„Größte Mogelpackung des Jahres“

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE führte der Stadtrat in seiner vergangenen Sitzung eine „Aktuelle Stunde zu den Auswirkungen der Kommunalfinanzreform in Sachsen“ durch. Denn die CDU-dominierte Mehrheit im Sächsischen Landtag hat ein für die Kommunen eigentlich positives Investitionsprogramm mit einem für die Finanzen der Großstädte gravierenden Nachteil verknüpft.

von André Schollbach

Die CDU erzählt im Sächsischen Landtag unverdrossen das Märchen vom „größten Sonderprogramm in der Geschichte unseres Landes“. Tatsächlich handelt es sich jedoch um die größte Mogelpackung des Jahres. In den vergangenen Wochen wurde immer wieder der Eindruck erweckt, die sächsischen Kommunen erhielten bis 2020 800 Mio. Euro zusätzliches Geld vom Freistaat Sachsen. Die Wahrheit ist aber eine andere: Das Investitionspaket wird künstlich zu einem Scheinriesen großgerechnet, damit sich die CDU schön darin sonnen kann. Das sieht nicht nur DIE LINKE so, sondern auch zahlreiche Bürgermeister. In einer Sachverständigenanhörung äußerte sich sogar ein Bürgermeister, der selbst Mitglied der CDU ist, zu dem Gebaren der Mehrheit im Landtag wie folgt: „Das ist doch unser Geld, das hier einfach noch mal neu gebündelt und mit neuem Etikett versehen verkauft wird.“ Und tatsächlich: Von den 800 Mio. Euro kommen bereits 156 Mio. Euro vom Bund, die er explizit für die Kommunen bestimmt hat. Der Freistaat gibt hier also lediglich fremdes Geld weiter. Aber es kommt noch besser: 322 Mio. Euro stammen von den Kommunen selbst. Dieses Geld wurde den Kommunen zunächst vom Freistaat weggenommen, nur damit es CDU & Co. jetzt der Öffentlichkeit mit viel Tamtam als Investitionspaket verkaufen können. Lediglich 322 Mio. Euro sind originäre Landesmittel. Und diese werden auch noch über mehrere Jahre gestreckt.

Massive strukturelle Umverteilung

Nachdem nun deutlich geworden ist, dass sich der Freistaat Sachsen im Wesentlichen mit fremden Federn schmückt, soll nun das eigentliche Problem dargestellt werden: Im Windschatten des Investitionspakets soll eine massive dauerhaft wirkende strukturelle Umverteilung der kommunalen Finanzmittel weg von den eher linken Großstädten hin zu den konservativ geprägten Landkreisen und kleineren Kommunen organisiert werden. Hier treten einmal mehr die Auswüchse und Deformierungen der



Foto: Benjamin Klack / pixelio.de

Demokratie nach sächsischer Art zutage. Denn anstatt diese grundlegende Frage der Kommunalfinanzierung, die zu weitreichenden Konsequenzen führt, transparent und öffentlich zu diskutieren, wurde eine heimliche Nebenabrede im Verborgenen ausgeküngelt und dort wo nötig, erheblicher Druck ausgeübt. Ein Sachverständiger sprach in der Sachverständigenanhörung angesichts dieses Vorgehens von einer „Blackbox“ im „vordemokratischen Raum“. Wozu führt das Ganze? Den drei Großstädten werden ab 2017 über das sächsische Finanzausgleichsgesetz jährlich 40 bis 60 Mio. Euro entzogen. Für die Städte Leipzig und Dresden bedeutet das für den Zeitraum von 2017 bis 2020 einen Verlust in Höhe von jeweils 80 Mio. Euro. Damit werden die positiven Effekte aus dem kommunalen Investitionspaket deutlich konterkariert. Was die genannten Städte vom Freistaat zusätzlich in die linke Ta-

sche bekommen, wird ihnen im selben Atemzug wieder aus der rechten Tasche genommen. Die wirkliche Dramatik dieser Weichenstellung wird aber erst 2021 spürbar. Denn dann gibt es kein Geld mehr aus dem kommunalen Investitionspaket, aber die strukturelle Umverteilung läuft unvermindert weiter. Das bedeutet nach Lage der Dinge für die Städte Leipzig und Dresden allein für den Zeitraum von 2021 bis 2025 jeweils einen realen negativen Effekt von 100 Mio. Euro. Das würde die finanzielle Handlungsfähigkeit dieser Städte deutlich einschränken. Gleichzeitig sind sie aufgrund der stetig wachsenden Bevölkerung erheblichen finanziellen Belastungen und Investitionserfordernissen ausgesetzt. Aus diesen Gründen hat sich DIE LINKE sowohl im Dresdner Stadtrat als auch im Sächsischen Landtag deutlich gegen diese strukturelle Veränderung der Kommunalfinanzierung ausgesprochen.

DOKUMENTIERT

PEGIDA in der Neustadt: Flagge zeigen gegen Fremdenfeindlichkeit!

Die Dresdner Neustadt ist seit jeher „bunt“. Ein Ort nicht nur für alle, die „anders“ sind, sondern auch ein Ort, an dem Menschen aus vielen verschiedenen Kulturen, Ethnien, Religionen friedlich miteinander leben. PEGIDA hat nun angekündigt, sich für den 21. Dezember auf dem Schlesischen Platz versammeln zu wollen. Jetzt formiert sich Gegenprotest und auch Neustädter LINKEN-Politiker sagen klar, was sie von PEGIDA in der Neustadt halten: Nichts.

Holger Knaak, Ortsbeirat in der Neustadt und Mitglied im Neustädter LINKEN-Vorstand, erklärt: „In einer echten Krisensituation, in der plötzlich auch in Dresden Tausende Flüchtlinge untergebracht werden müssen, ist PEGIDA nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Weil es die gesellschaftliche Stimmung negativ beeinflusst, weil rechte Gewalttäter meinen, im Namen der „Bewegung“ zu agieren und immer mehr Unterkünfte anzuzünden und Helfer behindern.“

Wenn PEGIDA meint, durch die Neustadt marschieren zu müssen, was nicht anders als bewusster Affront gegen dieses „liberale“ Viertel gewertet werden kann, dann sollten die Neustädter hier Flagge zeigen und der Bewegung zeigen, was wir von PEGIDA halten: Nichts.“

Jacqueline Muth, LINKEN-Stadträtin aus der Neustadt, ergänzt zu möglichen Gegenprotesten: „Sollte die Pegidademonstration am Neustädter Bahnhof stattfinden oder gar durch die Neustadt führen, dann muss der Protest in Hör- und Sichtweite und der Schutz dieser Gegendemonstrationen gewährleistet sein. Ein Versagen der Behörden und Sicherheitskräfte - wie in Leipzig-Connewitz am 12. Dezember 2015 - darf sich in Dresden nicht wiederholen.“

Pressemitteilung von DIE LINKE im Dresdner Stadtrat vom 17.12.2015

Aktuelle Informationen im Internet: linke-fraktion-dresden.de

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Dezember 2015

DRUCKSACHE #12

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

Menschen würdig
unterbringen - eine
Pflichtaufgabe.

Nachhaltigen
Wohnraum
schaffen - eine
Chance für alle.

Flüchtlinge willkommen
heißen - ein Signal
gegen Rechts.



UNTERBRINGUNG GEFLÜCHTETER

Eine Pflichtaufgabe

Anmietung von Gebäuden und Hotels, Aufbau von Containersiedlungen, Umwidmung von künftigen Schulstandorten - all diese Maßnahmen zur Unterbringung Geflüchteter lagen den Stadträten heute zur Entscheidung vor - Kostenpunkt: mehr als 80 Mio. Euro für mehr als 4.000 Menschen. "Sie sind willkommen", betonte Grünen-Stadtrat Michael Schmelich. Eine "Pflichtaufgabe" für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Christian Avenarius. Für André Schollbach ist die menschenwürdige Unterbringung von Menschen in Not schlicht und ergreifend das Übernehmen von Verantwortung. "Wenn wir uns anschauen, über welche Beträge wir in kürzester Zeit entscheiden müssen, sehen wir, dass wir uns in einer krisenhaften Situation befinden. Wir werden Hotels, Wohnungen und Schulen zustimmen. Und wir haben den Menschen in dieser Stadt zugehört und Änderungsvorschläge in unseren Änderungsantrag mit aufgenommen: Im Objekt Ginsterstraße werden wir z.B. die Zahl auf 300 unterzubringende Menschen be-

schränken, um ein gutes Zusammenleben der Gorbitzerinnen und Gorbitzer mit den neuen Nachbarn geordnet möglich zu machen. Bei Containerstandorten wollen wir, dass die Schaffung von Wohnungen Priorität vor der Anschaffung von Containern hat. Wir wollen Zelte, Turnhallen vermeiden. Wir wollen auch, dass der Oberbürgermeister mit Vermietern außerhalb Dresdens Kontakt aufnimmt, um dort Wohnungen anzumieten. Das ist auch für die Kommunen gut, die ja leerstehenden Wohnraum haben. Aber wenn ich sehe, wie CDU und FDP in den Ortsbeiräten gegen Ausländer gehetzt haben, gruselt es mich. Wir haben einen umfangreichen Änderungsantrag vorgestellt, wir werden heute Verantwortung übernehmen und im wesentlichen die Vorschläge der Verwaltung mittragen." Der Änderungsantrag der Kooperation und damit der Versuch, in einer Notfallsituation Linderung zu schaffen, wurde nach einer langen und kontroversen Debatte mehrheitlich angenommen.



Anja Apel in der Fragestunde: "Warum hat das Bürgerbüro Klotzsche geschlossen?" Antwort der Verwaltung: "Im Bürgerbüro Klotzsche wurden sehr wenige Anträge etc. behandelt - zu wenige, um rentabel zu sein. Zu den Öffnungszeiten haben wir uns wirklich alle Möglichkeiten angesehen, und das Büro kann erst wieder eröffnet werden, wenn mehr Stellen für die Verwaltung bewilligt werden." Das reicht uns als finale Antwort nicht - wir bleiben dran, denn die Leistungen der öffentlichen Hand müssen für alle erreichbar sein.



Heute eigentlich auf der Tagesordnung: Die Ombudsstelle im Jobcenter - ein rot-grün-rotes Projekt. Pia Barkow: "Das Ziel der Ombudsstelle besteht darin, Leistungsberechtigte in Konfliktfällen zu unterstützen, die MitarbeiterInnen des Jobcenters zu entlasten und strukturierter Verbesserungen bei Regelungen in kommunaler Zuständigkeit zu erwirken."



Dissens beim Thema Wohnen unter Rot-grün-rot? Keinesfalls. Heute hatte Rot-grün-rot eine Überarbeitung des Wohnkonzepts der Verwaltung auf die Tagesordnung gebracht. Die Ziele: mehr bezahlbarer Wohnraum, eine Wohnberatung für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung und ein Programm zum Mietwohnungsbau.

Neu in unserer Fraktion: Stadträtin Manuela Sägner

INTERVIEW

Tieren eine Stimme geben

Liebe Manuela, nach mehr als einem Jahr rückst Du nun in den Stadtrat nach. Hast Du damit gerechnet?

Nein, damit habe ich überhaupt nicht gerechnet. Als ich davon erfahren habe, dachte ich zunächst, das sei eine Fehlinformation. Allerdings bestätigte sich dann doch, dass ich Stadträtin werden sollte.

Was bewegte Dich im letzten Jahr dazu, zur Kommunalwahl anzutreten?

In Dresden wurde bisher nur sehr wenig tierschutzpolitisch diskutiert. Dabei gibt es hier viel zu tun. Dresden, als Landeshauptstadt Sachsens, sollte im Bereich des Tierschutzes eine Vorbildfunktion einnehmen. Ich bin deshalb zur Kommunalwahl mit dem Ziel angetreten, den Tierschutz näher in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.

Du bist für Dein hohes Engagement im Tierschutz bekannt - wie bist Du dazu gekommen?

Ich habe mich schon immer sehr für Tiere interessiert. Bereits in meiner Kindheit waren Katzen, Kaninchen, Meerschweinchen und Hamster Teil

unserer Familie. Leider können Tiere nicht für sich selbst sprechen. Sie haben aber wie Menschen Gefühle und ihre ganz persönlichen Bedürfnisse. So beschloss ich irgendwann, mich für die Tiere einzusetzen und ihnen damit eine Stimme zu geben.

Wo siehst Du Schwerpunkte des Tierschutzes auf kommunaler Ebene, welche konkreten Ziele hast Du?

Die Dresdner Leitlinien für Pferdefuhrwerksbetriebe müssen endlich umgesetzt werden. Weiterhin ist das Mitführen von Wildtieren in Zirkussen alles andere als zeitgemäß. In Dresden dürfen deshalb keine kommunalen Standplätze mehr an Zirkusse mit Wildtieren verpachtet werden.

Dazu bedarf es einer entsprechenden Regelung, die auf den Weg gebracht werden muss. Die Tierheime in der Landeshauptstadt brauchen eine ordentliche Ausstattung und finanzielle Absicherung. Neben diesen Themen könnte man noch viele weitere Aufgaben hier aufzählen.

Welche Erfahrungen aus Deiner Tätigkeit als Ortsbeirätin bringst Du mit?

Als Ortsbeirätin habe ich viel über Kommunalpolitik gelernt, wie bestimmte Prozesse ablaufen und das Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Ortsbeirat/Stadtrat funktioniert.

Natürlich ist mir dabei bewusst, dass die Arbeit im Stadtrat um ein vielfaches umfangreicher ist als die Arbeit im Ortsbeirat.

Deine Erwerbstätigkeit hat nun gar nichts mit Tierschutz zu tun, - denkst Du, dass Deine beruflichen Erfahrungen und Kenntnisse sich positiv auf Deine Stadtratstätigkeit auswirken könnten?

In meinem Beruf als Verwaltungsfachangestellte habe ich täglich mit vielen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften zu tun.

Deshalb dürfte mir meine Berufserfahrung durchaus hilfreich sein, mich in die Vorlagen der Verwaltung zügig einarbeiten zu können. U.u. kann ich auch Fachwissen mitbringen bzw. mir schnell neue Kenntnisse aneignen.

Das Gespräch führte Stadträtin Cornelia Eichner



Manuela Sägner rückte in der Stadtratssitzung am 10. Dezember 2015 für Thomas Grundmann in den Stadtrat nach und wird Mitglied in den Ausschüssen für Petitionen und Bürger*innen-Anliegen sowie Umwelt und Kommunalwirtschaft sein. Bisher war sie als Ortsbeirätin für DIE LINKE in Dresden Cotta aktiv.

Flüchtlinge in Dresden

Bereicherung und Herausforderung

von Pia Barkow

Seit einigen Wochen gibt es eine neue Arbeitsgruppe in der Stadtverwaltung, die eigens dafür eingerichtet wurde, Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu finden – Vorsitzender ist Finanzbürgermeister Vorjohann (CDU). Die Vorschläge der Arbeitsgruppe, die in der letzten Stadtratssitzung vorlagen, sind eine Mischung aus Anmietungen von Hotelzimmern, Wohnhäusern, Schulgebäuden und drei Standorten für Wohn-Container. Insgesamt geht es um etwas mehr als 4000 Plätze. Die Schwierigkeit besteht nun darin, den Spagat hinzubekommen, den Menschen, die nach Dresden kommen und hier Schutz suchen eine solide und würdige Unterbringung und Versorgung zu garantieren und gleichzeitig in extrem kurzer Zeit viele Plätze zu schaffen, damit eben auch alle Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf haben.

Leider herrscht nach wie vor eher Ausnahmezustand als langfristige und durchdachte Planung und der CDU-Beigeordnete geht bei der Auswahl und Beschaffenheit der Standorte äußerst unsensibel vor, missachtet in Teilen sogar soziale Mindeststandards. Schulgebäude oder Großstandorte für Container können nur eine Notlösung sein, früher oder später werden die Menschen – nach Abschluss des Asylverfahrens – in ganz normale Wohnungen ziehen, daher ist es jetzt endlich an der Zeit neben kurzfristigen Unterbringungsmöglichkeiten neue Wohnungen zu bauen und somit langfristig zu planen, statt nur mit Zwischenlösungen zu jonglieren.



Foto: Bernd Wachtmeister / pixelio.de

Dennoch werden wir Zwischenlösungen in Form von großen Einrichtungen für mehrere hundert Personen brauchen, die vor allem kurzfristig bezugsfertig sind. Aber auch hier darf die Unterbringung von Flüchtlingen nicht zu einem Verwaltungsakt verkommen, es geht schließlich um Menschen. Und auch in der aktuellen Situation, in der viele Menschen auf einmal nach Dresden

kommen, muss dennoch der Fokus darauf liegen, die Integration von Flüchtlingen und Begegnungen von Neuen und alteingesessenen DresdnerInnen mitzudenken und zu begünstigen.

Daher müssen wir auch in großen Einrichtungen darauf achten, dass sie erstens nicht zur Dauerlösung werden und zweitens Mindeststandards eingehalten

werden. Dazu zählt gerade auch die soziale Komponente, beispielsweise dass es ausreichend Aufenthaltsmöglichkeiten gibt, in denen sich die BewohnerInnen treffen, Kinder spielen, Aktivitäten stattfinden, Initiativen aus dem Stadtteil zu Besuch kommen können und so weiter.

Außerdem gibt es aus gutem Grund Richtlinien an die Ausstattung, wie viele Personen sich ein Zimmer, ein Bad, Dusche, Toilette, einen Herd oder eine Waschmaschine teilen sollen. Das ist einfach ein Muss, um ansonsten vorprogrammierten Konflikten von vornherein entgegenzuwirken.

Aber trotz der schwierigen Unterbringungssituation können wir schon jetzt gut beobachten, dass sich – auch Dank der vielen Ehrenamtlichen – an vielen Stellen Flüchtlinge und mittlerweile anerkannte Asylsuchende sehr gut in Dresden eingelebt haben, einen Freundeskreis aufgebaut haben und sich um Ausbildungs- oder Arbeitsplätze bemühen. An solchen positiven Beispielen sollten wir anknüpfen und die Flüchtlinge, die zu uns kommen für die gesamte Stadtgesellschaft als Chance und Bereicherung betrachten.

Und nicht zuletzt ist es eine humanitäre Pflicht, Menschen, die eine wochen- oder gar monatelange Flucht hinter sich haben, ein würdevolles ankommen und Wohnen in Dresden zu ermöglichen.

Theater Junge Generation und Staatsoperette planen bereits ihren Umzug ins Kraftwerk Dresden-Mitte

Dresdens neue Mitte!

von Jacqueline Muth

Der Ausbau des neuen Kulturstandorts Kraftwerk Mitte schreitet voran.

2014 begann die DREWAG mit den Bauarbeiten, zur Spielzeit 2016 nehmen die städtischen Bühnen Theater Junge Generation (tjg) und Staatsoperette Dresden (SOD) ihren Betrieb am neuen gemeinsamen Standort auf. Auch die Puppentheaterbühne des tjg wird dann aus dem Rundkino in den Neubau umziehen. Rund 1 Mio Euro kostet der Ausbau des Areals insgesamt.

Neben den beiden neuen Spielstätten und einem gemeinsamen Probenraumhaus entstehen neue Werkstätten für die beiden Theater – diese jedoch am bisherigen Standort des tjg an der Meißner Landstraße in Dresden-Cotta. Sie waren aus Platzgründen in Dresden-Mitte nicht unterzubringen. Auch hier sind Baufortschritte sichtbar.

Im Stadtrat wurden am 10.12.2015 die neuen Eintrittspreise für die beiden Theater beschlossen, die dann ab Spielbeginn im Dezember 2016 gelten. Während das tjg mit fast unveränderten Preisen startet, hebt die SOD ihre Preise leicht an. Grund dafür ist die in den vergangenen Jahren nicht erfolgte Anpassung der Preise an gestiegene Ausgaben, zum Beispiel beim Einkauf von Materi-



Visualisierung des geplanten Kulturzentrums (© Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co. KG)

Foto: Screenshot www.kraftwerk-mitte-dresden.de

alien für Requisiten und Bühnenbilder. Gleichzeitig steigt der Preisnachlass für alle Ermäßigungsberechtigten von 15 auf 20%.

Zum Neustart wird es zudem eine neue Einteilung der Kategorien für die unterschiedlichen Vorstellungen geben. Statt wie bisher zwei Kategorien (Mo-Do und Fr-So) wird es dann die 4 Kategorien A - D für unterschiedliche Stücke (an allen Spieltagen) sowie eine Kategorie E für Sondervorstellungen geben.

Die unterschiedlichen Anrechtskarten wird es auch weiterhin geben. In den Ausschüssen für Kultur und für Finanzen/Liegenschaften wurden die Veränderungen gemeinsam mit der Geschäftsführung des Theaters genau geprüft und verbessert.

Nach der ersten Spielzeit soll dann noch einmal gemeinsam geschaut werden, wie sich das neue Preissystem bewährt haben wird, ob und wo Nachjustierungen nötig sein werden.

DIE LINKE im Stadtrat beauftragte zudem OB Dirk Hilbert, insbesondere mögliche weitere Ermäßigungsspielräume für Inhaber_innen des DresdenPasses zu prüfen und dem Stadtrat vorzulegen. Der Anteil der Theaterstücke in der preiswertesten Kategorie A soll außerdem mindestens 40%, der folgenden Kategorie B mindestens 30% betragen. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit im Rat angenommen.

Die Teilhabe an Kultur soll für alle interessierten Dresdner_innen auch weiterhin gewährleistet bleiben und nach Möglichkeit noch verbessert werden.

Auf www.kraftwerk-mitte-dresden.de stellt die DREWAG ausführliche Informationen zu den Umbauplänen im Kraftwerk Mitte und zum aktuellen Baufortschritt bereit. Über eine Webcam kann die Baustelle im Stundentakt live mitverfolgt werden.

Die Dresden Marketing GmbH bereitet die Eröffnung des Kraftwerk Mitte für Oktober 2016 vor. Der Spielzeitbeginn für tjg und SOD sind für den 16.12.2016 geplant.

Poesiepark in Gorbitz

von Cornelia Eichner



Foto: Jürgen Czytrich

Am 27. November 2015, wurde in Gorbitz der Poesiepark offiziell eingeweiht. Neben vielen Pfefferkuchen gab es zum Kaffee auch eine Open-Air-Lesung anwesender Autor*innen. Über die Wintermonate wird am Gorbitzbach somit eine Stelltafel stehen, auf welcher wechselnd Poesie Gorbitzer Autoren und Autorinnen zu lesen sind, wunderschön gestaltet mit Buchstabenbilder von Schülern und Schülerinnen der Laborschule Gorbitz. Mit dabei waren der Münchner Künstler Hannes Hein (Idee/Konzeptionierung/Umsetzung), eine Lehrerin der Dresdner Laborschule (Kinder der Laborschule gestalteten die Buchstabenbilder), meh-

re Autor*innen der Schreibwerkstatt Gorbitz, u.a. Martina Schuppe, Christel Dost, Regina Sehmisch, Karin Leonhardt, Cornelia Eichner, Christian Krüger, Gunter Kießling sowie Mitarbeiterinnen des Grünflächenamtes und mit dem KulturAktiven Jürgen Czytrich.

Zum PoesiePark-Konzept sagt der Künstler Hannes Hein: „Ausgangspunkt des Projekts ‘PoesiePark’ sind die Park- und Grünanlagen einer Stadt. Auch Gedichte brauchen Ruhe und Muße – um zu wirken. Jeder Standort soll eine temporäre evtl. ständige Aufstellung von Plakatwänden im Parkbereich und

möglichst entlang der Wegführung beherbergen, die beidseitig mit wechselnden Gedichten versehen werden. Themenwechsel sowie Neuplatkierung alle zwei bis drei Monate.“ Dabei korrespondieren Texte renommierter Autoren und Autorinnen mit denen weniger bekannter Autoren und Autorinnen aus dem Stadtteil. Immer haben die Texte Bezug zum Leben vor Ort, schließlich sollen sich Lesende selbst darin wiederfinden. Viel Wert gelegt wird also auf Partizipation, auf Beteiligung der Menschen vor Ort, derjenigen, die hier schon kulturaktiv sind sowie der Kinder in den umliegenden Schulen.

Das Projekt wird mit Mitteln der Landeshauptstadt Dresden, dem Amt für Kultur und Denkmalschutz sowie des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ gefördert.

Weitere Infos:

www.poesiepark.wordpress.com

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: André Schollbach, Jacqueline Muth, Cornelia Eichner, Thomas Feske
Fotos: pixelio.de, Jürgen Czytrich
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 27.01.2016
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH & Siblog